

Nein-Standpunkt zur Unternehmenssteuerreform III

Die Zeche bezahlen die Gemeinden und der Mittelstand

Maya Graf, Nationalrätin Grüne BL

Derzeit legen immer mehr besorgte GemeinderätInnen aller Parteien im Baselbiet ihre Steuerausfälle offen. Sie sind das Resultat einer überladenen USR III-Vorlage, die Gemeinden und der Mittelstand, die BürgerInnen und lokale Gewerbe- und Bauernbetriebe tragen müssten. Mehr als die Hälfte der Gemeinden rechnen entweder mit Steuererhöhungen oder mit Leistungsabbau. Was viele nicht wissen: Unsere Baselbieter Gemeinden haben gebundene Ausgaben von bis zu 85 Prozent. Diese Kosten fallen aufgrund nationaler oder kantonaler Vorschriften jedes Jahr fest an. Mindereinnahmen aus der Unternehmenssteuerreform können so nicht abgedeckt werden. Ein Gemeindepräsident drückt es so aus: „Die Letzten beißen die Hunde.“

Der Baselbieter Finanzdirektor hat für unsren Kanton einen stetig wachsenden Verlust von bis zu 80 Millionen Franken im Jahr 2024 errechnet. Davon bleiben 30 Millionen Franken auch nach den Ausgleichszahlungen bei den Gemeinden hängen. Den KMU nützt das nichts. Im Gegenteil: Der Mittelstand muss tiefer ins Portemonnaie greifen, die Kaufkraft sinkt. Ebenso werden die für die KMU wichtigen öffentlichen Aufträge zurückgefahren. Unverständlich, wie die Wirtschaftskammer den Gewerbetreibenden diese Mogelpackung verkaufen kann. Denn von weniger Steuern können nur die wenigen Grosskonzerne profitieren. Fakt ist: mehr als die Hälfte der juristischen Personen bezahlt schon heute in Baselland keine Gewinn- und Ertragssteuern mehr. Diese Steuerreformvorlage hat nichts mehr damit zu tun, dass man ursprünglich die bisherige ermässigte Besteuerung von Holdinggesellschaften durch international akzeptierte Abzüge ersetzen sollte.

Vielmehr hat die rechtskonservative Mehrheit im Bundesparlament die Vorlage zu einem gigantischen Steuersenkungspaket für Grossaktionäre und Konzerne umgebaut. Sie hat Steuerabzüge wie die Inputförderung für Forschungsausgaben erfunden, das können z.B. die Löhne von Forschenden sein. Ausgaben, die es aber Unternehmen erlaubt, 150 prozentige Abzüge vorzunehmen. Haben Sie schon mal für die Kinderbetreuung oder Weiterbildungen 150 Prozent von Ihren Steuern abziehen können? Das Resultat dieser Vorlage ist verheerend. Bund, Kantone und Gemeinden rechnen mit mindestens 2,7 Milliarden Steuerausfällen. Leere Haushaltskassen, ob nun öffentliche oder private lösen aber weder Investitionen noch nachhaltiges Wachstum aus.

Ein gutes Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrssystem, Investitionen in nachhaltige Infrastruktur und erneuerbare Energien sind Pfeiler unserer Standortattraktivität. Sollen sie nicht bröckeln, braucht es Steuererträge, die von Unternehmen auf Basis ihrer Finanzkraft gemeinsam erbracht werden. Die Unternehmenssteuerreform III steht dagegen für Steuerdumping zugunsten weniger Grosser auf Kosten des Mittelstandes. Aber so funktioniert die Schweiz nicht. Wir setzen von jeher bewusst auf Ausgleich, wirtschaftliche Machbarkeit und Solidarität. Sagen wir NEIN und senden wir die USR III zurück an den Absender für eine ausgewogene Steuerreform.